S 18 U 2673/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Gesetzliche Unfallversicherung - Unfallversicherungsschutz gem § 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1, Alt 2 SGB VII - ehrenamtliche Tätigkeit - kommunaler Kindergarten - Körperschaft des öffentlichen Rechts - Einrichtung iS von § 2 Abs 1 Nr 8 Buchst a SGB VII - qualifizierter Aufgaben- und Verantwortungsbereich - Mitglied des Elternbeirats - Zusägen von Holzscheiben für den Weihnachtsbasar des Kindergartens
Leitsätze	<ol style="list-style-type: none">1. Gehört die Planung und Durchführung eines Weihnachtsbasars eines kommunalen Kindergartens zu den Aufgaben des Elternbeirats, kann ein Mitglied des Elternbeirats bei Vorbereitungshandlungen hierzu kraft Gesetzes wegen ehrenamtlicher Tätigkeit unfallversichert sein.2. Der Zurechnungszusammenhang bei ehrenamtlicher Tätigkeit kann sich aus gesetzlicher oder satzungsrechtlicher Zuordnung zum qualifizierten Aufgaben- und Verantwortungsbereich oder aus einem Übertragungs- oder Annahmeakt des Unternehmers ergeben.3. Die für den Umfang des Versicherungsschutzes für die sog Schülerunfallversicherung entwickelten Grundsätze sind auf eine ehrenamtliche Tätigkeit für eine Bildungseinrichtung nicht übertragbar.
Normenkette	SGB VII § 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1 ;

1. Instanz

Aktenzeichen S 18 U 2673/18
Datum 15.06.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 U 682/20
Datum 30.04.2021

3. Instanz

Datum 05.12.2023

Â

Auf die Revision des KlÃ¤gers werden die Urteile des ThÃ¼ringer Landessozialgerichts vom 30.Â April 2021 und des Sozialgerichts Gotha vom 15.Â Juni 2020 sowie der Bescheid der Beklagten vom 6.Â April 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 4.Â September 2018 aufgehoben. Es wird festgestellt, dass das Ereignis vom 18.Â November 2017 ein Arbeitsunfall ist.

Die Beklagte hat dem KlÃ¤ger die auÃgerichtlichen Kosten in allen RechtszÃ¼gen zu erstatten. Im Ã¼brigen sind auÃgerichtliche Kosten nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1

Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob der KlÃ¤ger als Mitglied eines Elternbeirats bei SÃ¤gearbeiten fÃ¼r einen Weihnachtsbasar einen Arbeitsunfall erlitten hat.

2

Der KlÃ¤ger war Mitglied des Elternbeirats eines kommunalen Kindergartens der GemeindeÂ S (ThÃ¼ringen). Die Gemeinde gehÃ¶rte der (zum 1.1.2019 aufgelÃ¶sten) Verwaltungsgemeinschaft (VG)Â R an. Nach einem Beschluss des Elternbeirats sollte im Jahr 2017 der alljÃ¤hrliche Weihnachtsmarkt des Kindergartens in einem GemeindegebÃ¤ude stattfinden. Der KlÃ¤ger sollte nach Absprache im Elternbeirat Baumscheiben beschaffen und fÃ¼r den Verkauf auf dem Basar des Weihnachtsmarktes zurechtschneiden. Der ErlÃ¶s war fÃ¼r Projekte des Kindergartens vorgesehen. Im Amtsblatt der VGÂ R wurde zu dem Weihnachtsmarkt eingeladen.

3

Am 18.11.2017 schnitt der Kläger auf seinem Privatgrundstück die Baumscheiben zu. Dabei geriet seine linke Hand in die Kreissäge, woraufhin er sich Amputationsverletzungen am Mittel- und Ringfinger zuzog. Die beklagte Unfallkasse lehnte es ab, das Ereignis als Arbeitsunfall anzuerkennen (Bescheid vom 6.4.2018; Widerspruchsbescheid vom 4.9.2018).

4

Die dagegen gerichtete Klage hat das SG abgewiesen (Urteil vom 15.6.2020). Das LSG hat die Berufung zurückgewiesen (Urteil vom 30.4.2021). Versicherungsschutz wegen einer ehrenamtlichen Tätigkeit für eine Körperschaft des uffentlichen Rechts scheidet aus. Der Kläger habe sich zwar unentgeltlich für den Kindergarten betätigt, dessen Trägerin die Gemeinde gewesen sei. Die Leitung des Kindergartens und damit Bedienstete der Gemeinde hätten zu jedem Zeitpunkt weitgehende Einwirkungsmöglichkeiten auf Planung und Durchfhrung des Weihnachtsmarktes gehabt, sodass dieser grundsätzlich auch dem organisatorischen Einwirkungsbereich des Kindergartens zuzurechnen sei. Es fehle aber an der Zuordnung der unfallbringenden Tätigkeit zum qualifizierten Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Gemeinde bzw des Kindergartens, weil diese auf dem Privatgrundstück des Klägers keine Einwirkungsmöglichkeiten gehabt hätten.

5

Mit seiner Revision ragt der Kläger eine Verletzung materiellen Rechts ([ 8 Abs 1](#), [ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a SGB VII](#)). Er habe für eine Körperschaft des uffentlichen Rechts in deren Auftrag, jedenfalls mit ausdrücklicher Einwilligung, eine ehrenamtliche Tätigkeit ausgeführt. Für den Unfallversicherungsschutz sei es nicht erforderlich, die versicherte Tätigkeit an einem bestimmten Ort durchzuführen.

6

Der Kläger beantragt, die Urteile des Thüringer Landessozialgerichts vom 30. April 2021 und des Sozialgerichts Gotha vom 15. Juni 2020 sowie den Bescheid der Beklagten vom 6. April 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 4. September 2018 aufzuheben und festzustellen, dass das Ereignis vom 18. November 2017 ein Arbeitsunfall ist.

7

Die Beklagte beantragt, die Revision des Klägers zurückzuweisen.

8

Es habe sich um keine Veranstaltung des Kindergartens gehandelt. Der Elternbeirat habe das Fest eigeninitiativ und selbstständig organisiert. Es fehle auch an einer ausdrücklichen Einwilligung oder einem Auftrag über das Zuschneiden der Holzscheiben durch den Kläger.

9

Der vom SG beigeladene Rentenversicherungsträger hat keinen Antrag gestellt.

II

10

Die zulässige Revision des Klägers ist begründet ([Â§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Zu Unrecht hat das LSG seine Berufung gegen das klageabweisende Urteil des SG zurückgewiesen. Das Ereignis vom 18.11.2017 ist als Arbeitsunfall festzustellen.

11

A. Im Revisionsverfahren ist über die mit einer Anfechtungsklage gegen den Bescheid der Beklagten vom 6.4.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 4.9.2018 ([Â§ 95 SGG](#)) zulässig verbundene Klage auf Feststellung eines Arbeitsunfalls zu entscheiden ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1](#) iVm [Â§ 55 Abs 1 Nr 1](#), [Â§ 56 SGG](#)). Nach der ständigen Rechtsprechung des Senats können Rechtsschutzsuchende wählen, ob sie gegen die ablehnende Entscheidung des Unfallversicherungsträgers über die Anerkennung eines Versicherungsfalles mit einer kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1](#), [Â§ 56 SGG](#)) oder mit der kombinierten Anfechtungs- und Feststellungsklage ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1](#), [Â§ 55 Abs 1 Nr 1](#), [Â§ 56 SGG](#)) vorgehen. Verpflichtungs- und Feststellungsklage sind insoweit gleich rechtsschutzintensiv (vgl zuletzt BSG Urteil vom 27.9.2023 [B 2 U 13/21 R](#) zur Veröffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen [juris RdNr 22](#); s auch BSG Urteile vom 31.3.2022 [B 2 U 13/20 R](#) [BSGE 134, 109](#) = [SozR 42700 Â§ 3 Nr 3](#), [RdNr 11 mwN](#) und vom 15.5.2012 [B 2 U 8/11 R](#) [BSGE 111, 37](#) = [SozR 42700 Â§ 2 Nr 20](#), [RdNr 13 mwN](#)).

12

B. Die Ablehnungsentscheidung im Bescheid der Beklagten ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten ([Â§ 54 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Der Kläger hat in Verrichtung einer versicherten Tätigkeit für die Gemeinde bzw den Kindergarten einen Arbeitsunfall erlitten, als er auf seinem Privatgrundstück Holzscheiben zum Verkauf auf dem Basar des Weihnachtsmarktes zuschnitt und sich dabei an der linken Hand verletzte.

13

Rechtsgrundlage ist [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#). Arbeitsunfälle sind danach Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach [Â§ 2, 3](#) oder [6 SGB VII](#) begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen ([Â§ 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#)). Ein Arbeitsunfall setzt mithin voraus, dass die Verrichtung zur Zeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang), sie zu dem zeitlich begrenzten, von außen auf den Körper einwirkenden Ereignis führt (Unfallkausalität) und dadurch einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht hat (haftungsbegründende Kausalität; stRspr; vgl zB BSG Urteile vom 30.3.2023

Ä [BÄ 2Ä U 1/21Ä RÄ](#) SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 62 RdNrÄ 15, vom 8.12.2022 Ä [BÄ 2Ä U 14/20Ä RÄ](#) [BSGE 135, 155](#) = SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 60, RdNrÄ 10 und vom 28.6.2022 Ä [BÄ 2Ä U 16/20Ä RÄ](#) [BSGE 134, 203](#) =Ä SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 82, RdNrÄ 11, jeweils mwN).

14

Diese Voraussetzungen sind hier erfÄ¼llt. Der KlÄ¼rger erlitt am 18.11.2017 einen Unfall, als er beim Zuschneiden von Holzscheiben fÄ¼r den Weihnachtsbasar mit seiner linken Hand in die KreissÄ¼ge geriet. Dies fÄ¼hrte zu einer Amputationsverletzung und damit einem Gesundheitserstschaden. Der KlÄ¼rger Ä¼bte in diesem Zeitpunkt auch eine nach [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ a SGBÄ VII](#) versicherte TÄ¼tigkeit aus (dazuÄ I.), mit der er bei der Beklagten gesetzlich unfallversichert war (dazuÄ II.). Zutreffend hat das LSG demgegenÄ¼ber entschieden, dass keine Versicherung als WieBeschÄ¼ftiger bestand.

15

I.Ä Im Zeitpunkt der Verrichtung Ä¼bte der KlÄ¼rger eine gesetzlich versicherte TÄ¼tigkeit aus. Nach [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ a SGBÄ VII](#) in der seit dem 1.1.2005 geltenden Fassung des Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bÄ¼rgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen (UVSchVerbG) vom 9.12.2004 ([BGBlÄ I 3299](#)) sind kraft Gesetzes Personen versichert, die fÄ¼r KÄ¼rperschaften, Anstalten oder Stiftungen des Ä¼ffentlichen Rechts oder deren VerbÄ¼nde oder Arbeitsgemeinschaften (AltÄ 1), fÄ¼r die in den NrÄ 2 undÄ 8 genannten Einrichtungen (AltÄ 2) oder fÄ¼r privatrechtliche Organisationen im Auftrag oder mit ausdrÄ¼cklicher Einwilligung, in besonderen FÄ¼llen mit schriftlicher Genehmigung von GebietskÄ¼rperschaften (AltÄ 3) ehrenamtlich tÄ¼tig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen fÄ¼r diese TÄ¼tigkeit teilnehmen.

16

Der KlÄ¼rger war bei seiner unmittelbar zum Unfall fÄ¼hrenden Verrichtung nach [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ a AltÄ 1 und AltÄ 2 SGBÄ VII](#) versichert, weil er die Baumscheiben fÄ¼r den Kindergarten als Ä¼ffentliche Einrichtung einer KÄ¼rperschaft des Ä¼ffentlichen Rechts (AltÄ 1), zugleich Einrichtung iS von [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 BuchstÄ a SGBÄ VII](#) (AltÄ 2), (dazuÄ 1.) ehrenamtlich fÄ¼r diese (dazuÄ 2.) mit einer darauf gerichteten objektivierten Handlungstendenz zuschnitt (dazuÄ 3.). Der Versicherungsschutz entfiel nicht deswegen, weil der KlÄ¼rger die SÄ¼gearbeiten auf seinem PrivatgrundstÄ¼ck erledigte (dazuÄ 4.).

17

1.Ä Der KlÄ¼rger schnitt die Holzscheiben fÄ¼r den Weihnachtsmarkt des kommunalen Kindergartens zu. Dieser ist unmittelbar der Gemeinde als KÄ¼rperschaft des Ä¼ffentlichen Rechts zuzurechnen ([Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ a AltÄ 1 SGBÄ VII](#); dazuÄ a) und zugleich auch Einrichtung iS von Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 ([Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ a AltÄ 2 SGBÄ VII](#); dazu b).

18

DemgegenÄ¼ber scheidet Versicherungsschutz wegen einer TÄ¼tigkeit fÄ¼r eine

privatrechtliche Organisation nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 3 SGB VII](#) von vornherein aus (vgl hierzu zuletzt BSG Urteil vom 8.12.2022 [Â B 2 U 19/20 R](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 [Â§ 2 Nr 61](#)). Der Elternbeirat des Kindergartens, dem der KlÃ¤ger im Unfallzeitpunkt angehÃ¶rte, war Ã¶ffentlichlich organisiert (vgl [Â§ 10 Thüringer Gesetz Ã¼ber die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege](#) als AusfÃ¼hrungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch [Â Kinder- und Jugendhilfe](#) [Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz vom 16.12.2005](#) mit Wirkung bis zum 31.12.2017, GVBl [Â 2005, 365, 371](#)). HierfÃ¼r und auch im Weiteren ist es ohne Auswirkung fÃ¼r die vorliegende Entscheidung, dass das LSG auf die zum 1.1.2018 in Kraft getretenen Nachfolgeregelungen zum [Thüringer KitaG](#) abgestellt hat (vgl zum Elternbeirat [Â§ 12 Thüringer Gesetz Ã¼ber die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in KindergÃ¤rten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege](#) als AusfÃ¼hrungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch [Â Thüringer Kindergartengesetz vom 18.12.2017](#), GVBl [Â 2017, 276](#)). Die Regelungen des [Thüringer KitaG](#) fÃ¼hren die bis zum 31.12.2017 geltenden Regelungen des [Thüringer KitaG](#) bezogen auf die hier relevanten Bereiche inhaltsgleich fort.

19

a) Der kommunale Kindergarten ist hier einer KÃ¶rperschaft des Ã¶ffentlichen Rechts unmittelbar zuzurechnen ([Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1 SGB VII](#)). Die Sicherung eines bedarfsgerechten Ã¶ffentlichen Angebots an Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen ist nach den Feststellungen des LSG Pflichtaufgabe der Gemeinden als GebietskÃ¶rperschaften im Bereich des eigenen Wirkungskreises ([Â§ 2 Abs 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung](#) [Â Thüringer Kommunalordnung](#), in der maÃgeblichen Fassung vom 28.1.2003 mWv 31.12.2002, GVBl [Â 2003, 41](#); sÃ¤ auch [Â§ 17 Abs 1 Satz 3 Thüringer KitaG](#) bzw. [Â§ 3 Abs 2 Satz 2 Thüringer KitaG](#), vgl [Thüringer Landtag DrucksÃ¤ 6/3906 SÃ¤ 35, 50, 57](#)). TÃ¤tigkeiten fÃ¼r einen kommunalen Kindergarten sind daher der ihn betreibenden KÃ¶rperschaft unmittelbar zuzurechnen und kÃ¶nnen bereits nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1 SGB VII](#) versichert sein (sÃ¤ auch Butzer in Festschrift fÃ¼r Scharf, 2008, 119, 129).

20

Soweit die Beklagte dazu ausfÃ¼hrt, TrÃ¤gerin des Kindergartens sei die VG R gewesen, ist der Senat an die anderslautende Feststellung des LSG gebunden ([Â§ 163 SGG](#)). Eine GegenrÃ¼ge hat die Beklagte mit ihrem Vorbringen dazu nicht verbunden. HierfÃ¼r genÃ¼gt es nicht, eine andere als die vom LSG festgestellte Sachverhaltsschilderung wiederzugeben (zB BSG Urteil vom 19.6.2018 [Â B 2 U 32/17 R](#) SozR 42700 [Â§ 2 Nr 43 RdNr 27](#)). Bei dieser Frage handelt es sich zudem um eine Anwendung von Landesrecht, das prinzipiell nicht revisibel ist ([Â§ 162, 202 Satz 1 SGG](#) iVm [Â§ 560 ZPO](#)). UnabhÃ¤ngig davon hÃ¤tten die Mitgliedsgemeinden zwar der VG durch Zweckvereinbarung einzelne Aufgaben und Befugnisse des eigenen Wirkungskreises Ã¼bertragen kÃ¶nnen ([Â§ 47 Abs 3 Thüringer KO](#)). Jedoch kÃ¶nnten TÃ¤tigkeiten dann auch fÃ¼r diese nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1 SGB VII](#) versichert sein, weil es sich auch bei einer VG um eine KÃ¶rperschaft des Ã¶ffentlichen Rechts handelt ([Â§ 46 Abs 2 Satz 1](#)

Th^{1/4}rKO). Hiervon geht im ^{1/4}brigen auch die Beklagte aus.

21

b) Der Kindergarten ist zugleich auch Einrichtung iS von [Â§ 2 Abs 1 Nr 8 Buchst a SGB VII](#) ([Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 2 SGB VII](#)). Davon erfasst sind Tageseinrichtungen, deren Träger f^{1/4}r den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis bed^{1/4}rfen. Dies gilt auch f^{1/4}r kommunale Kinderg^{1/4}rten (vgl Busse in Schlegel/Voelzke, jurisPKSGB VIII, 3. Aufl 2022, [Â§ 45a RdNr 16](#), Stand 9.11.2023).

22

Der Umstand, dass T^{1/4}xtigkeiten f^{1/4}r kommunale Kinderg^{1/4}rten somit Unfallversicherungsschutz zugleich nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1 und Alt 2 SGB VII](#) begr^{1/4}nden k^{1/4}nnen, f^{1/4}hrt nicht zu einer einschr^{1/4}nkenden Geltung von [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 2 SGB VII](#) nur f^{1/4}r private Kinderg^{1/4}rten (vgl Butzer in Festschrift f^{1/4}r Scharf, 2008, 119, 129). F^{1/4}r eine solche Auslegung ergeben sich aus Wortlaut, Systematik, Entstehungsgeschichte und Normzweck keine belastbaren Anhaltspunkte. Der Verweis auf [Â§ 2 Abs 1 Nr 8 Buchst a SGB VII](#) umfasst alle dort geregelten Kindertageseinrichtungen, unabh^{1/4}ngig von ihrer Rechtsform. Die Gesetzesbegr^{1/4}ndung zu der Regelung des [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 SGB VII](#) ^{1/4}ber den Versicherungsschutz f^{1/4}r die in Einrichtungen nach Nr 2 und 8 ehrenamtlich T^{1/4}xtigen (eingef^{1/4}gt durch das Gesetz zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das SGB ^{1/4} Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz^{1/4} UVEG vom 7.8.1996, [BGBl I 1254](#) mWv 1.1.1997) f^{1/4}hrt lediglich aus, die Norm erfasse ferner die ehrenamtlich im Bildungswesen T^{1/4}xtigen. Damit sollten die Versicherungstatbest^{1/4}nde des [Â§ 539 Abs 1 Nr 13 und Nr 14 Buchst c RVO](#) insoweit in einer Norm vereinigt werden, ohne eine Einschr^{1/4}nkung auf private Einrichtungen zu normieren ([BTDrucks 13/2204 S 75](#)). Eine Begrenzung auf private Kinderg^{1/4}rten l^{1/4}sst der Sinngehalt insoweit nicht erkennen, auch wenn [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 2 SGB VII](#) sich im Ergebnis nur auf diese auswirkt (Wietfeld in BeckOK Sozialrecht, SGB VII, [Â§ 2 RdNr 127](#), Stand 1.12.2023; s^{1/4} auch Lilienfeld in BeckOGK, SGB VII, [Â§ 2 RdNr 47b](#), Stand 1.7.2017; Kraschinsky in Krasney/Becker/Burchardt/Kraschinsky/Heinz/Bieresborn, Gesetzliche Unfallversicherung^{1/4} SGB VII, [Â§ 2 RdNr 574](#), Stand 161. Lfg M^{1/4}rz 2007; aA Leube, SozVers 2001, 178: Begrenzung auf private Einrichtungen).

23

Da der Kl^{1/4}ger eine versicherte T^{1/4}xtigkeit sowohl nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 1](#) als auch Alt 2 SGB VII aus^{1/4}bte, bedarf es keiner abschlie^{1/4}enden Entscheidung dar^{1/4}ber, wie sich die ersten beiden Alternativen des [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a SGB VII](#) zueinander verhalten.

24

2. Das Zuschneiden der Baumscheiben f^{1/4}r den Weihnachtsbasar stellt sich als ehrenamtliche T^{1/4}xtigkeit iS von [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a SGB VII](#) dar. Die Verrichtung erf^{1/4}llt die allgemeinen Kriterien einer ehrenamtlichen T^{1/4}xtigkeit (dazu a) und wurde vom Kl^{1/4}ger auch innerhalb eines bestimmten, qualifizierten

Aufgaben- und organisatorischen Verantwortungsbereichs der Gemeinde bzw des Kindergartens ausgeübt (dazu b).

25

a) Eine ehrenamtliche Tätigkeit ist dadurch geprägt, dass sie unentgeltlich ausgeübt wird und immateriellen Werten, ideellen Zwecken oder dem Gemeinwohl dient (vgl zu den Typusmerkmalen der ehrenamtlichen Tätigkeit BSG Urteil vom 8.12.2022 [BÄ 2Ä U 19/20Ä RÄ](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 61, RdNrÄ 20 mwN). Diese Voraussetzungen liegen hier vor.

26

Die Tätigkeit des Klägers erfolgte nach den Feststellungen des LSG ([Ä§Ä 163 SGG](#)) unentgeltlich. Der Erlös aus dem Verkauf der Baumscheiben diene der Finanzierung von Projekten des kommunalen Kindergartens und somit dem Gemeinwohl. Damit stellt sich die Beteiligung des Klägers in Form seiner Sogearbeiten als typische Form einer ehrenamtlichen Tätigkeit dar. Der Kläger hatte die konkrete Aufgabe auch freiwillig übernommen, ohne dass es hierauf für die Einordnung als ehrenamtliche Tätigkeit zwingend ankommt (BSG Urteil vom 8.12.2022 [BÄ 2Ä U 19/20Ä RÄ](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 61, RdNrÄ 20 mwN).

27

Hinzu kommt, dass der Kläger als Mitglied des Elternbeirats ein Ehrenamt innehatte und nach den Feststellungen des LSG ([Ä§Ä 163 SGG](#)) die Durchführung und organisatorische Vorbereitung des Weihnachtsbasars in Abstimmung mit der Leitung des Kindergartens durch den Elternbeirat der geübten Praxis entsprach. Der Kläger beteiligte sich daher auch in seiner Funktion als Mitglied des Elternbeirats an der Vorbereitung des Weihnachtsbasars. Die Einrichtung eines Elternbeirats ist mit der Übertragung gesetzlicher Aufgaben verbunden (Ä§Ä 10 ThürKitaG bzw Ä§Ä 12 ThürKigaG, vgl Thüringer Landtag Drucks 6/3906 SÄ 42) und die Mitgliedschaft im Elternbeirat erfüllt durch diese Formalisierung und Einbindung in gesetzliche Regelungen erst recht die Anforderungen an ein Ehrenamt. Ein solches Ehrenamt ist von dem weiter zu verstehenden Typusbegriff der ehrenamtlichen Tätigkeit mit umfasst und betrifft damit einen besonderen Personenkreis von ehrenamtlich Tätigen (vgl insgesamt dazu BSG Urteil vom 8.12.2022 [BÄ 2Ä U 19/20Ä RÄ](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 61, RdNrÄ 22 ff mwN). So verhält es sich hier. Die Übernahme des Amtes eines Elternbeirats stellt sich nach der gesetzlichen Ausgestaltung als ehrenamtliche Tätigkeit dar, denn Elternbeiräte übernehmen diese Tätigkeit ohne Gegenleistung, im Kern fremdnützig und ideell zur Förderung der Interessen des Kindergartens als öffentlicher Einrichtung der Gemeinde und damit auch zur Förderung des Gemeinwohls, nämlich der Interessen der örtlichen Gemeinschaft (zur freiwilligen Versicherung von Ehrenamtsträgern in gemeinnützigen privatrechtlichen Organisationen vgl [Ä§Ä 6 AbsÄ 1 SatzÄ 1 NrÄ 3 SGBÄ VII](#); sÄ BSG Urteil vom 8.12.2022 [BÄ 2Ä U 19/20Ä RÄ](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 61, RdNrÄ 24).

28

b) Der Kläger wurde ehrenamtlich gerade für die Gemeinde bzw den Kindergarten tätig, weil das Zuschneiden der Baumscheiben ihrem qualifizierten Aufgaben- und Verantwortungsbereich zuzurechnen ist, innerhalb dessen der Kläger die ihm zugeteilte Aufgabe erledigte.

29

Für eine nach [§ 2 Abs 1 Nr 10 SGB VII](#) gesetzlich versicherte ehrenamtliche Tätigkeit genügt es nicht, dass die Tätigkeit insgesamt der jeweiligen Organisation dienlich und ihrem Aufgabenbereich zuzuordnen ist. Daher können auch allein die Handlungstendenz einer Person und ihre subjektive Vorstellung, dass und für wen sie ehrenamtlich tätig sein will, keinen Unfallversicherungsschutz begründen (vgl BSG Urteile vom 10.10.2002 [B 2 U 14/02 R](#) juris RdNr 23, vom 13.8.2002 [B 2 U 5/02 R](#) juris RdNr 22, vom 18.10.1994 [2 RU 15/94](#) [SozR 32200 § 539 Nr 31](#) S 111 = juris RdNr 20 und vom 30.4.1991 [2 RU 68/90](#) [SozR 32200 § 539 Nr 10](#) S 40 = juris RdNr 24).

30

Vielmehr setzt der Begriff der ehrenamtlichen Tätigkeit in [§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a SGB VII](#) nach der gefestigten höchstgerichtlichen Rechtsprechung einen bestimmten, qualifizierten Aufgaben- und organisatorischen Verantwortungsbereich der öffentlich-rechtlichen Körperschaft voraus, innerhalb dessen die ehrenamtliche Tätigkeit für diese ausgeübt werden muss (stRspr; zB BSG Urteile vom 7.9.2004 [B 2 U 45/03 R](#) [SozR 42700 § 2 Nr 2](#) S 13 = juris RdNr 17 mwN und vom 10.10.2002 [B 2 U 14/02 R](#) juris RdNr 23 mwN). Wenn dieser in Bezug auf die fragliche Veranstaltung nicht bereits gesetz- oder satzungsmäßig von vornherein festgelegt ist, bedarf es für die betreffende einzelne Veranstaltung eines gesamtbezogenen, eigenständigen Auftrags (Übertragungsakt) oder Annahmeaktes der Körperschaft als Zuordnungsgrund (BSG Urteile vom 18.10.1994 [2 RU 15/94](#) [SozR 32200 § 539 Nr 31](#) S 111 = juris RdNr 19, vom 30.4.1991 [2 RU 68/90](#) [SozR 32200 § 539 Nr 10](#) S 39 = juris RdNr 22 und vom 26.10.1983 [9b RU 16/82](#) [SozR 2200 § 539 Nr 95](#) S 260 ff = juris RdNr 17 ff). Für die zum 1.1.2005 durch das UVSchVerbG in [§ 2 Abs 1 Nr 10 SGB VII](#) aufgenommenen ehrenamtlichen Tätigkeiten für privatrechtliche Organisationen ist Letzteres gesetzlich ausdrücklich festgelegt (âim Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung, in besonderen Fällen mit schriftlicher Genehmigung; vgl hierzu und zur Gesetzesentwicklung BSG Urteil vom 8.12.2022 [B 2 U 19/20 R](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 § 2 Nr 61, RdNr 27 mwN).

31

Diese anhand von Tätigkeiten für Körperschaften des öffentlichen Rechts entwickelten Maßstäbe (vor allem unter Geltung von [§ 2 Abs 1 Nr 10 Alt 1 SGB VII](#) aF bzw [§ 539 Abs 1 Nr 13 RVO](#)) gelten sinngemäß auch bei einem Tätigwerden für eine Einrichtung iS von [§ 2 Abs 1 Nr 2 oder 8 SGB VII](#). Die Tätigkeit muss sich daher insbesondere im Rahmen eines abgrenzbaren konkreten Aufgaben- und Verantwortungsbereiches der Einrichtung halten und sie muss durch gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Übertragungs- oder Annahmeakt an die tätige Person delegiert werden (vgl hierzu auch Schwerdtfeger

in Lauterbach, SGB VII, Â§ 2 RdNr 354a, Stand Oktober 2016; Kruschinsky in Krasney/Becker/Burchardt/Kruschinsky/Heinz/Bieresborn, Gesetzliche Unfallversicherung Â SGB VII, Â§ 2 RdNr 574, Stand 161. Lfg MÄrz 2007; zum Selbstbestimmungsrecht von Religionsgemeinschaften im Rahmen von [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b SGB VII](#) s BSG Urteil vom 8.12.2022 Â [B 2 U 19/20 R](#) Â BSGE 135, 168 = SozR 42700 Â§ 2 Nr 61, RdNr 30). Keine Unterschiede ergeben sich jedenfalls dann, wenn es sich Â wie hier Â um eine Einrichtung in Âffentlich-rechtlicher TrÄgerschaft handelt.

32

Die weitere Frage, ob eine versicherte TÄtigkeit nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a Alt 2 SGB VII](#) nur verrichten kann, wer im Bildungs- bzw Erziehungsbereich der erfassten Einrichtung tÄtig wird, bedarf hier keiner grundsÄtzlichen Entscheidung, weil die TÄtigkeit des KIÄgers diesem Bereich zuzuordnen ist (dazuÂ aa; vgl zu diesem Aspekt zB Bieresborn in Schlegel/Voelzke, jurisPKSGB VII, 3.Â Aufl 2022, Â§ 2 RdNr 353, Stand 30.6.2023; Lilienfeld in BeckOGK, SGB VII, Â§ 2 RdNr 47b, Stand 1.7.2017; Franke ua in Becker/Franke/Molkentin, SGB VII, 5.Â Aufl 2018, Â§ 2 RdNr 98; Leube, SozVers 2001, 178, 179).

33

Eine Aufgabenzuweisung an den KIÄger als Mitglied des Elternbeirats ergibt sich hier bereits auf Grundlage der vom LSG vorgenommenen Auslegung von Landesrecht ([Â§ 162 SGG](#); dazuÂ aa). UnabhÄngig davon hat das LSG bindend festgestellt ([Â§ 163 SGG](#)), dass ein den Versicherungsschutz begrÄndender Auftrag erteilt worden ist (dazuÂ bb).

34

aa)Â Die Zuordnung der TÄtigkeit des KIÄgers zum qualifizierten Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Gemeinde bzw des Kindergartens ergibt sich hier bereits aus einer vom LSG vorgenommenen Auslegung von Landesrecht, an die der Senat gebunden ist ([Â§ 162 SGG](#)).

35

Zwar kann die Äbernahme von Aufgaben fÄr die Organisation und DurchfÄhrung eines Weihnachtsbasars im Allgemeinen nicht den unfallversicherten Kernaufgaben eines Elternbeirats zugeordnet werden, der vornehmlich in seiner Funktion als Bindeglied zwischen dem TrÄger der Einrichtung und den Eltern tÄtig wird (zB Elternbeiratssitzungen, vgl hierzu BroschÄre des Bundesministeriums fÄr Arbeit und Soziales, Unfallversichert im freiwilligen Engagement, 2023, S 33).

36

Indes war die Verrichtung des KIÄgers nach den fÄr den Senat bindenden Feststellungen des LSG ([Â§ 163 SGG](#)) hier auf Grundlage landesrechtlicher Regelungen vom gesetzlichen Aufgabenbereich des Elternbeirats umfasst. Das LSG hat hierzu festgestellt, dass die DurchfÄhrung des Weihnachtsmarktes einschlieÄlich des mit diesem untrennbar verbundenen Weihnachtsbasars sich

innerhalb des gesetzlichen Aufgabenkreises der Gemeinde S als Trägerin des Kindergartens bewegte. Der gesetzliche Erziehungsauftrag umfasst nach den Feststellungen des LSG auch die Durchführung eines Weihnachtsmarktes, der dem Erwerb sozialer Kompetenzen der Kinder dient (§ 6 Abs 1 Satz 3 ThürKitaG bzw § 7 Abs 1 Satz 6 ThürKigaG, vgl Thüringer Landtag Drucks 6/3906 S 37). Das LSG hat im Weiteren festgestellt, dass der Elternbeirat durch seine Beteiligung an der Durchführung des Weihnachtsmarktes seinem landesrechtlichen Förderauftrag (§ 10 Abs 1 ThürKitaG bzw § 12 Abs 1 ThürKigaG, vgl Thüringer Landtag Drucks 6/3906 S 42) nachkommt, seine Mitwirkung an einem dem Erziehungsauftrag dienenden Weihnachtsmarkt damit zu seinen gesetzlichen Aufgaben zählt und sein Handeln der Gemeinde zuzurechnen ist. An diese Auslegung von Landesrecht ist der Senat gebunden ([§ 162 SGG](#)).

37

Bereits deswegen handelte es sich nicht – wie von der Beklagten vertreten – um ein eigeninitiativ und selbstständig vom Elternbeirat organisiertes Fest, für das die Gemeinde als nicht zurechenbare bloße Unterstützungshandlung nur die Räume zur Verfügung gestellt hatte (vgl BSG Urteil vom 8.12.2022 – [B 2 U 19/20 R](#) – BSGE 135, 168 = SozR 42700 § 2 Nr 61, RdNr 30; s auch BSG Urteil vom 30.4.1991 – [2 RU 68/90](#) – [SozR 32200 § 539 Nr 10](#) S 39 = juris RdNr 22). Der konkrete Weihnachtsmarkt einschließlich des Weihnachtsbasars war eine Veranstaltung des kommunalen Kindergartens, für den nach Auslegung des LSG ([§ 162 SGG](#)) der Elternbeirat seinen landesrechtlich vorgeschriebenen Beitrag leistete.

38

Der Zurechnungszusammenhang wurde auch nicht dadurch unterbrochen, dass die Veranstaltung nicht in den Räumlichkeiten des Kindergartens durchgeführt wurde. Dies folgt hier bereits daraus, dass die Veranstaltung nach den Feststellungen des LSG ([§ 163 SGG](#)) in Räumlichkeiten der Gemeinde S stattfand, welcher der Kindergarten als deren öffentliche Einrichtung unmittelbar zuzuordnen ist. Unabhängig davon lässt allein die Verlagerung auf andere, regelmäßig größere und geeignetere Räumlichkeiten oder Äußerlichkeiten die Organisationshoheit des Trägers nicht entfallen (vgl insoweit zu [§ 2 Nr 8 SGB VII](#) BSG Urteile vom 31.3.2022 – [B 2 U 5/20 R](#) – SozR 42700 § 8 Nr 79 RdNr 15 mwN und vom 23.1.2018 – [B 2 U 8/16 R](#) – [BSGE 125. 129](#) = SozR 42700 § 2 Nr 38, RdNr 14 mwN). Zudem hat das LSG die Einordnung des Weihnachtsmarktes als kommunale Veranstaltung folgerichtig auch daraus abgeleitet, dass im Amtsblatt der VG R auf sie hingewiesen und der Erlös aus dem Basar auf ein separates Konto der VG eingezahlt wurde.

39

Keiner Entscheidung bedarf es, welchen versicherungsrechtlichen Grenzen konkrete Verrichtungen eines Elternbeirats unterworfen sein könnten, insbesondere besonders unfallträchtige Tätigkeiten. Denn die Tätigkeit des Klägers war in Auslegung von Landesrecht von seinem Amt als Elternbeirat umfasst. Unabhängig davon hatte nach den Feststellungen des LSG ([§ 163 SGG](#)) der Kindergarten in jahrelang praktizierter Übung die Organisation und Durchführung des

Weihnachtsbasars dem Elternbeirat $\frac{1}{4}$ berlassen und sich dessen T $\ddot{a}$ xtigwerden zu eigen gemacht. Die einzelnen Elternbeiratsmitglieder waren daher $\frac{1}{4}$ ber ihre gesetzlichen Kernaufgaben hinaus in Angelegenheiten des Kindergartens einbezogen worden. Durch die Annahme des Amtes hatten sie sich freiwillig verpflichtet, sich an diesen Angelegenheiten den Gewohnheiten entsprechend zu beteiligen. Ihr Engagement bei Veranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt ging damit $\frac{1}{4}$ ber Belieben und eigenwirtschaftliches Handeln hinaus. Insoweit besteht auch ein Unterschied zu der Erf $\ddot{a}$ llung von Pflichten aufgrund einer Mitgliedschaft in einem privaten Verein, die indes im Fall eines Einvernehmens mit einer K $\ddot{a}$ mperschaft oder einer $\ddot{a}$ ffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft nach [\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 2 Abs \$\ddot{a}\$ 1 Nr \$\ddot{a}\$ 10 Buchst \$\ddot{a}\$ a](#) und $\ddot{a}$ b SGB $\ddot{a}$ VII versicherte T $\ddot{a}$ xtigkeiten sein k $\ddot{a}$ nnen (vgl BSG Urteil vom 8.12.2022 $\ddot{A}$ [B \$\ddot{A}\$ 2 \$\ddot{A}\$ U 19/20 \$\ddot{A}\$ R \$\ddot{A}\$](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 $\ddot{A}$ $\ddot{S}$ $\ddot{t}$ $\ddot{a}$ 2 Nr $\ddot{a}$ 61). Das LSG hat schlie $\ddot{s}$ lich auch festgestellt ([\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 163 SGG](#)), dass die Leitung des Kindergartens als Bedienstete der Gemeinde zu jedem Zeitpunkt weitgehende Einwirkungsm $\ddot{a}$ glichkeiten auf die Durchf $\ddot{u}$ hrung und Planung des Weihnachtsmarktes hatte. Insgesamt bestand deshalb zwischen den konkreten S $\ddot{a}$ xgearbeiten des Kl $\ddot{a}$ xgers und seinem ehrenamtlich $\frac{1}{4}$ bernommenen und landesrechtlich festgelegten Aufgabenbereich ein innerer Zusammenhang, der es rechtfertigt, das betreffende Verhalten der versicherten T $\ddot{a}$ xtigkeit zuzurechnen.

40

bb) $\ddot{A}$ Der Kl $\ddot{a}$ xger ist mit der Aufgabe der Herstellung der Baumscheiben $\frac{1}{4}$ berdies ausdr $\ddot{u}$ cklich beauftragt worden. Die $\ddot{a}$ bertragung der Aufgabe durch den Elternbeirat ist dem Kindergarten zuzurechnen.

41

Bestimmt sich der Aufgabenbereich des T $\ddot{a}$ xtigen nicht $\ddot{A}$ wie hier $\ddot{A}$ bereits aus einer gesetzlichen Zuordnung zu dem Aufgabenbereich des Unternehmers iS von [\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 2 Abs \$\ddot{a}\$ 1 Nr \$\ddot{a}\$ 10 Buchst \$\ddot{a}\$ a SGB \$\ddot{a}\$ VII](#) ([\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 121 Abs \$\ddot{a}\$ 1](#), [\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 136 Abs \$\ddot{a}\$ 3 SGB \$\ddot{a}\$ VII](#)), bedarf es zum Zwecke der versicherungsrechtlichen Eingrenzung eines $\ddot{a}$ bertragungs- oder Annahmeaktes des Unternehmers bzgl der ihm zurechenbaren Aufgaben. Andere T $\ddot{a}$ xtigkeiten stellen sich dann als $\ddot{a}$ ufgedr $\ddot{a}$ ngte Bereicherung $\ddot{a}$ dar, die Versicherungsschutz nicht rechtfertigen (BSG Urteil vom 8.12.2022 $\ddot{A}$ [B \$\ddot{A}\$ 2 \$\ddot{A}\$ U 19/20 \$\ddot{A}\$ R \$\ddot{A}\$](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 $\ddot{A}$ $\ddot{S}$ $\ddot{t}$ $\ddot{a}$ 2 Nr $\ddot{a}$ 61, RdNr $\ddot{a}$ 29). Die Durchf $\ddot{u}$ hrung des Weihnachtsmarktes einschlie $\ddot{s}$ lich des Weihnachtsbasars bewegte sich hier nach den Feststellungen des LSG innerhalb des gesetzlichen Aufgabenkreises der Gemeinde $\ddot{A}$ S als Tr $\ddot{a}$ xgerin des Kindergartens ([\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 6 Abs \$\ddot{a}\$ 1 Satz \$\ddot{a}\$ 3 Th \$\ddot{a}\$ rKitaG](#), hierzu aa). Der Weihnachtsmarkt wurde nach den Feststellungen des LSG als kommunale Veranstaltung der Gemeinde durchgef $\ddot{u}$ hrt, deren Planung und Durchf $\ddot{u}$ hrung im Einzelnen an die Leitung des Kindergartens und damit an dessen qualifizierten Aufgaben- und organisatorischen Verantwortungsbereich delegiert wurde.

42

Dem Kl $\ddot{a}$ xger ist nach den Feststellungen des LSG, die f $\ddot{u}$ r den Senat bindend sind ([\$\ddot{A}\$ \$\ddot{S}\$ \$\ddot{t}\$ \$\ddot{a}\$ 163 SGG](#)), im Rahmen der Planungen des Weihnachtsbasars ausdr $\ddot{u}$ cklich ein personenbezogener Auftrag des Kindergartens zur Beschaffung und zum Zuschneiden der Holzscheiben erteilt worden (vgl hierzu und zu den Anforderungen

an eine stillschweigende Beauftragung BSG Urteile vom 10.10.2002 [Â BÂ 2Â U 14/02Â RÂ](#) juris RdNrÂ 23 mwN, vom 18.10.1994 [Â 2Â RU 15/94Â](#) [SozR 32200 Â§Â 539 NrÂ 31](#) SÂ 111 =Â juris RdNrÂ 20, vom 24.1.1992 [Â 2Â RU 71/90Â](#) [SozR 32200 Â§Â 539 NrÂ 14](#) SÂ 50Â f =Â juris RdNrÂ 27, vom 27.6.1991 [Â 2Â RU 26/90Â](#) [SozR 32200 Â§Â 539 NrÂ 11](#) SÂ 42 =Â juris RdNrÂ 21, vom 30.4.1991 [Â 2Â RU 68/90Â](#) [SozR 32200 Â§Â 539 NrÂ 10](#) SÂ 39 =Â juris RdNrÂ 22 und vom 26.10.1983 [Â 9bÂ RU 16/82Â](#) [SozR 2200 Â§Â 539 NrÂ 95](#) SÂ 264 =Â juris RdNrÂ 26).

43

Eine durchgreifende Gegenrge hat die Beklagte hiergegen nicht vorgebracht. Soweit nach ihrer abweichenden Darstellung in der Revisionserwiderung dem Klger die Aufgaben nicht vom Kindergarten bzw damit von der Gemeinde, sondern vom Elternbeirat bertragen wurden, ist das Handeln des Elternbeirats dem Kindergarten gleichwohl zuzurechnen. Dies hat das LSG in Auslegung des Thringer Landesrechts zum Gremium des Elternbeirats und der Ausgestaltung seiner Mitwirkungsbefugnisse (unter Bezug auf Â§Â 12 ThringerKigaG, der insoweit Â§Â 10 ThringerKitaG inhaltsgleich fortfhrt, vgl Thringer Landtag Drucks 6/3906 SÂ 42) festgestellt. Diese Zurechnung verstt weder gegen das Willkrverbot (ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG) noch berschreitet sie den Rahmen zulssiger Gesetzesauslegung sowie die Bindung der Rechtsprechung an Recht und Gesetz nach ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG (s dazu Heinz in Roos/Wahrendorf/Mller, SGG, 3. Aufl 2023, Â§Â 162 RdNrÂ 37 mwN). Vielmehr steht sie im Einklang mit allgemeinen Grundstzen des Verwaltungsorganisationsrechts (vgl Maurer/Waldhoff, Allgemeines Verwaltungsrecht, 20. Aufl 2020, Â§Â 21 RdNrÂ 19, 24). Die Zurechenbarkeit folgt insoweit auch aus der weiteren Feststellung des LSG ([Â§Â 163 SGG](#)) der jederzeitigen Einwirkungsmglichkeiten der Leitung des Kindergartens auf die Planung und Durchfhrung des Weihnachtsmarktes.

44

3. Der Klger wollte durch das Schneiden der Baumscheiben den ihm zugeteilten Beitrag leisten und handelte fremdntzig fr den Kindergarten bzw die Gemeinde mit einer darauf gerichteten objektivierten Handlungstendenz (vgl zu diesem Mastab zB BSG Urteil vom 8.12.2022 [Â BÂ 2Â U 19/20Â RÂ](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 Â§Â 2 NrÂ 61, RdNrÂ 19 mwN). Nach den bindenden Feststellungen des LSG ([Â§Â 163 SGG](#)) wollte der Klger durch das Zuschneiden der Baumscheiben die ihm bertragene Aufgabe zur Durchfhrung des Weihnachtsbasars als Teil der Veranstaltung des Kindergartens erfllen. Anhaltspunkte dafr, dass der Klger mit dem Zuschneiden ggf auch eigenntzige Motive verfolgte, wie die Frderung der Erziehung seines Kindes, sind weder ersichtlich noch wrden diese zu einer Verneinung der fremdntzigen Handlungstendenz fhren, solange sie die Verrichtung nicht wesentlich prgen. Denn es ist Grundlage jeder ehrenamtlichen Ttigkeit und steht dem Versicherungsschutz nicht entgegen, dass die Ttigkeit auch aus persnlichen Motiven wahrgenommen wird (BSG Urteil vom 8.12.2022 [Â BÂ 2Â U 19/20Â RÂ](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 Â§Â 2 NrÂ 61, RdNrÂ 22).

45

4. Schlielich ist der Unfallversicherungsschutz hier entgegen der Annahme des

LSG nicht deswegen zu versagen, weil der KlÄger die zum Unfall fÄhrende Verrichtung auf seinem PrivatgrundstÄck ausÄbte, auf dem keine EinwirkungsmÄglichkeit des Kindergartens oder sonstiger Gemeindebediensteter bestand und die Verrichtung daher nicht mehr im organisatorischen Verantwortungsbereich der Gemeinde bzw des Kindergartens gelegen hÄtte.

46

Anders als beim Besuch einer Einrichtung nach [ÄÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 SGBÄ VII](#) hÄngt der Versicherungsschutz nach [ÄÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 SGBÄ VII](#) nicht von EinwirkungsmÄglichkeiten der KÄrperschaft, Anstalt oder Stiftung bzw der Einrichtung auf die konkrete AusfÄhrung der Verrichtung ab. Dies folgt bereits aus dem Wortlaut der Norm, nach dem Versicherungsschutz bei dem Besuch einer Einrichtung is von [ÄÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 SGBÄ VII](#) âwÄhrend des BesuchsÄ â bzw âwÄhrend der Aus- und FortbildungÄ â besteht. DemgegenÄber erstreckt sich der Schutz nach [ÄÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ a SGBÄ VII](#) ohne rÄumliche Begrenzung auf ehrenamtliche TÄtigkeiten âfÄrÄ die Einrichtung is von [ÄÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 SGBÄ VII](#). Das BSG hat bereits zu der VorgÄngervorschrift in [ÄÄ 539 AbsÄ 1 NrÄ 13 RVO](#) entschieden, dass die GrundsÄtze der sog SchÄlerunfallversicherung nicht zu Äbertragen sind (vgl BSG Urteil vom 31.1.1980 [Ä 8aÄ RU 46/79Ä](#) [SozR 2200 ÄÄ 539 NrÄ 63](#) SÄ 181Ä f =Ä juris RdNrÄ 14Ä f). Ebenso hat es bereits klargestellt, dass auch Vorbereitungshandlungen vom Versicherungsschutz ehrenamtlich TÄtiger erfasst sind (BSG Urteil vom 24.1.1992 [Ä 2Ä RU 71/90Ä](#) [SozR 32200 ÄÄ 539 NrÄ 14](#) SÄ 50 =Ä juris RdNrÄ 27 und vom 26.10.1983 [Ä 9bÄ RU 16/82Ä](#) [SozR 2200 ÄÄ 539 NrÄ 95](#)). Diese werden regelmÄig auÄerhalb eines konkreten zeitlichen und Ärtlichen Verantwortungsbereiches des Unternehmers verrichtet.

47

Inhalt und Umfang des Versicherungsschutzes bestimmen sich daher nach den allgemeinen GrundsÄtzen zur Feststellung des inneren Zusammenhanges der konkreten unfallbringenden Verrichtung mit der versicherten TÄtigkeit. Dieser ist im Einzelfall wertend zu ermitteln (vgl zB BSG Urteile vom 8.12.2022 [Ä BÄ 2Ä U 14/20Ä RÄ](#) [BSGE 135, 155](#) = SozR 42700 ÄÄ 2 NrÄ 60, RdNrÄ 32, vom 8.12.1998 [Ä BÄ 2Ä U 37/97Ä RÄ](#) [SozR 32200 ÄÄ 539 NrÄ 45](#) SÄ 187 =Ä juris RdNrÄ 20 mwN, vom 18.3.1997 [Ä 2Ä RU 22/96Ä](#) [SozR 32200 ÄÄ 539 NrÄ 38](#) SÄ 144Ä ff =Ä juris RdNrÄ 18Ä ff und vom 26.10.1983 [Ä 9bÄ RU 16/82Ä](#) [SozR 2200 ÄÄ 539 NrÄ 95](#) SÄ 260Ä ff =Ä juris RdNrÄ 17Ä ff, jeweils mwN; Butzer in Festschrift fÄr Scharf, 2008, 119, 136; kritisch Aubel, SGb 2023, 560, 567).

48

Die einschrÄnkende Auslegung der Vorinstanz ist auch nicht in der Systematik der Norm angelegt und wÄrde der vom Gesetzgeber bezweckten FÄrderung des ehrenamtlichen Engagements sowie dem weiten VerstÄndnis ehrenamtlicher TÄtigkeit widersprechen, das der Senat zuletzt herausgestellt hat (BSG Urteile vom 8.12.2022 [Ä BÄ 2Ä U 14/20Ä RÄ](#) [BSGE 135, 155](#) = SozR 42700 ÄÄ 2 NrÄ 60, RdNrÄ 17Ä ff und [Ä BÄ 2Ä U 19/20Ä RÄ](#) [BSGE 135, 168](#) = SozR 42700 ÄÄ 2 NrÄ 61, RdNrÄ 20Ä ff). Die Begrenzung der Unfallversicherung nach [ÄÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 8 SGBÄ VII](#) auf den organisatorischen Verantwortungsbereich der Einrichtung dient im

Wesentlichen dazu, die Verantwortung für den Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Kinder festzulegen (vgl. Spellbrink/Karmanski, SGB 2021, 461, 469). Ein vergleichbares Abgrenzungsergebnis besteht bei ehrenamtlichen Tätigkeiten im Rahmen von [§ 2 Abs 1 Nr 10 SGB VII](#) insgesamt nicht.

49

Die Eingrenzung der Unfallrisiken bei ehrenamtlicher Tätigkeit erfolgt stattdessen durch die Beschränkung auf die Unternehmungen bestimmter Organisationen und auf bestimmte Aufgabenfelder (BSG Urteil vom 8.12.2022 - [B 2 U 19/20 R](#) BSGE 135, 168 = SozR 42700 - § 2 Nr 61, RdNr 26). Hier hielt sich die Durchführung des Weihnachtsmarktes nach den Feststellungen des LSG nach jedem Bezugspunkt (Gemeinde, Kindergarten oder Elternbeirat) im gesetzlichen Aufgabenkreis und auch innerhalb des konkret erteilten Auftrags.

50

II. Der Anspruch richtet sich gegen die sachlich zuständige beklagte Unfallkasse. Der Kindergarten ist ein Unternehmen der Gemeinde ([§ 129 Abs 1 Nr 1 SGB VII](#)) und die Beklagte die gemeinsame Unfallkasse für den Landes- und kommunalen Bereich ([§ 114 Abs 1 Nr 7 SGB VII](#), [§ 116 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#) iVm [§ 1 Abs 1](#) der Verordnung über die Errichtung der Unfallkasse Thüringen vom 14.11.1997, GVBl S 418). Sie hat für die nach [§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst a SGB VII](#) dort ehrenamtlich tätigen Personen den Versicherungsschutz übernommen ([§ 129 Abs 1 Nr 1](#), [§ 136 Abs 3 Nr 1 SGB VII](#); [§ 3 Abs 1 Nr 2](#), [§ 4 Abs 1 Nr 6](#) der Satzung der Unfallkasse Thüringen in der Neufassung vom 18.11.2015).

51

C. Die Kostenentscheidung folgt aus [§§ 183, 193 SGG](#).

Ä

Erstellt am: 02.05.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024